



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

**Das Französische Gelbbuch von 1914  
[neunzehnhundertvierzehn]**

**Wegerer, Alfred von**

**Berlin, 1927**

V. Abschnitt Von Österreichs Kriegserklärung an Serbien (28. Juli 1914) bis  
zu Deutschlands Ultimatum an Rußland (31. Juli 1914).

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74580](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74580)

---

V. Abschnitt

Von Österreichs Kriegserklärung an Serbien

(28. Juli 1914)

bis zu Deutschlands Ultimatum an Rußland

(31. Juli 1914)

---

Nr. 84

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Rom, den 29. Juli 1914

Die Consulta ist der Meinung, daß trotz der Kriegserklärung Österreichs an Serbien die diplomatischen Bemühungen, die eine Vermittlungskonferenz in London zum Ziele haben, nicht zu unterbrechen seien.

Barrère

Nr. 85

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,  
nach Petersburg, London, Berlin, Rom, Wien, Konstantinopel und  
Belgrad*

Paris, den 29. Juli 1914

Die Haltung Österreichs und Deutschlands klärt sich. Das wegen der slawischen Propaganda beunruhigte Österreich hat das Attentat von Serajewo als Anlaß benützt, um gegen die serbischen Umtriebe vorzugehen und sich von dieser Seite Garantien zu sichern, die, je nachdem man den Ereignissen ihren Lauf läßt oder nicht, entweder nur die serbische Regierung und Armee betreffen oder zu Gebietserwerbungen führen können. Deutschland stellt sich zwischen seinen Verbündeten und die übrigen Mächte, indem es erklärte, es handle sich um eine lokale Angelegenheit,

nämlich um die Strafe für ein in der Vergangenheit erfolgtes politisches Verbrechen und um sichere Bürgschaften für die Zukunft, daß die anti-österreichischen Umtriebe ein Ende nehmen werden. Die deutsche Regierung ist der Meinung, Rußland sollte sich mit den amtlichen und ausdrücklichen Versicherungen Österreichs, daß dieses keine Gebietserweiterung anstrebe und die Unabhängigkeit Serbiens unangetastet lassen werde, zufrieden geben. Unter diesen Umständen könne eine Kriegsgefahr einzig von Rußland kommen, wenn es in dieser klar umschriebenen Frage intervenieren wollte. Deshalb müsse ausschließlich in Petersburg auf die Erhaltung des Friedens hingewirkt werden.

Dieser Sophismus, der Deutschland von der Verpflichtung, in Wien zu intervenieren, entbinden würde, ist in Paris ohne Erfolg durch Herrn von Schoen verfochten worden, der vergeblich versucht hat, uns für eine gemeinsame deutsch-französische Aktion in Petersburg zu gewinnen. Er ist ebenso in London gegenüber Sir Edward Grey entwickelt worden: Sowohl in Frankreich wie in England antwortete man, daß das Petersburger Kabinett von Anfang an die größten Beweise seiner Mäßigung gegeben habe, insbesondere dadurch, daß es sich den Mächten angeschlossen hat, um Serbien zur Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der österreichischen Note zu raten. Rußland bedrohe also keineswegs den Frieden. Es gelte, auf Wien einzuwirken. Von dorthier drohe Gefahr von dem Augenblicke an, wo man sich dort weigere, sich mit der fast vollständigen Unterwerfung Serbiens unter die übermäßigen Forderungen zu begnügen, wo man die Mitwirkung der Mächte bei der Verhandlung über die Punkte, die zwischen Österreich und Serbien zu regeln übrig blieben, ablehne, und wo man endlich nicht vor einer so überstürzten Kriegserklärung, wie sie die ursprüngliche Note Österreich-Ungarns bedeute, zurückschreke.

Die Haltung Berlins wie Wiens bleibt hinzögernd. In der erstgenannten Hauptstadt verwirft man, unter Beteuerung des Wunsches Deutschlands, den allgemeinen Frieden durch eine gemeinsame Aktion der vier Mächte aufrecht zu erhalten, den Gedanken einer Konferenz, ohne jedoch eine andere Lösung anzuregen und unter der Weigerung, in Wien positiv einzuwirken. In der österreichischen Hauptstadt möchte man Petersburg mit der Vorspiegelung einer Verständigung unterhalten, die sich aus direktem Meinungs-austausch ergeben könnte, und geht nun gleichzeitig gegen Serbien vor.

Unter diesen Umständen erscheint es wesentlich, daß das Petersburger Kabinett, dessen Wunsch nach einer friedlichen Lösung der Krise offenkundig ist, sich unverzüglich dem Vorschlag Englands anschließt. Dieser bedarf in Berlin der kräftigsten Unterstützung, um Herrn von Jagow zu einer wirksamen Aktion auf Wien zu veranlassen, die imstande ist, Österreich Halt zu gebieten und zu verhindern, daß es seinem diplomatischen Vorsprung noch einen militärischen Erfolg beifügt. Die österreichisch-ungarische Regierung würde sicherlich nicht unterlassen, ihn auszunützen, um Serbien unter dem dehnbaren Worte Garantien Bedingungen

aufzuerlegen, die tatsächlich trotz aller Versicherungen eines territorialen Desinteresses den gegenwärtigen Zustand Osteuropas verändern würden und dazu angetan wären, den allgemeinen Frieden, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, schwer zu gefährden.

Bienvenu Martin

Nr. 86

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

St. Petersburg, den 29. Juli 1914

Ich bin nunmehr in der Lage, Ew. Exzellenz versichern zu können, daß die russische Regierung sich jedem Vorgehen anschließt, das Frankreich und England zur Erhaltung des Friedens vorschlagen werden. Mein englischer Kollege telegraphiert im gleichen Sinne nach London.

Paléologue

Nr. 87

*Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Brüssel, den 29. Juli 1914

Von meiner Unterhaltung mit Herrn Davignon und verschiedenen Persönlichkeiten, die in der Lage sind genau unterrichtet zu sein, bringe ich folgenden Eindruck mit: Die Haltung Deutschlands ist rätselhaft und berechtigt zu allen Befürchtungen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine Initiative ergriffen hätte, die sie zu einer Kriegserklärung führte, ohne vorher sich mit Kaiser Wilhelm verständigt zu haben.

Die deutsche Regierung bleibt Gewehr bei Fuß und behält sich je nach den Umständen ihre Stellungnahme im Sinne des Friedens oder des Krieges vor; aber die Beunruhigung ist in allen Kreisen derart, daß ein plötzliches Einschreiten gegen uns hier niemand überraschen würde. Meine Kollegen von Rußland und England teilen diese Empfindung.

Die belgische Regierung trifft Maßnahmen entsprechend der Erklärung, die mir gestern Herr Davignon abgegeben hat, daß nämlich alles ins Werk gesetzt werde zur Verteidigung der Neutralität des Landes.

Klobukowski

117

Nr. 88

*Herr Ronssin, französischer Generalkonsul in Frankfurt a. M.,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Frankfurt a. M., den 29. Juli 1914

Hiermit melde ich Ihnen bedeutende Truppenbewegungen, die gestern und in der vergangenen Nacht hier stattgefunden haben. Diesen Morgen sind mehrere Regimenter in Feldausrüstung angekommen, besonders auf den Strecken von Darmstadt, Kassel und Mainz, die voll von Militärpersonen sind.\* Die Brücken und Eisenbahnen werden unter dem Vorwande von Vorbereitungen für die Herbstmanöver bewacht.

Ronssin

Nr. 89

*Herr Allizé, französischer Gesandter in München,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

München, den 29. Juli 1914

Man versichert mir, daß die Mühlen von Illkirch (Elsaß-Lothringen) aufgefördert worden sind, ihrer gewöhnlichen Kundschaft keine Lieferungen mehr zu machen und ihre gesamte Produktion zur Verfügung der Armee zu halten.

Von Straßburg werden Transporte von Automobilkanonen gemeldet, die für die Beschießung von Flugzeugen und lenkbaren Luftschiffen verwendet werden.

Unter dem Vorwande von Abänderungen der Herbstübungen haben die Unteroffiziere und Soldaten der bayrischen Infanterieregimenter von Metz, die in Bayern auf Ernteurlaub waren, gestern Befehl erhalten, unverzüglich in die Garnison zurückzukehren\*\*.

Allizé

Nr. 90

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Wien, den 29. Juli 1914

Der französische Konsul in Prag bestätigt mir die bereits mitgeteilte Mobilmachung des 8. Armeekorps sowie diejenige der Landwehrdivision

\* Nach unseren Feststellungen sind weder am 27. Juli noch am 28. oder 29. Juli 1914 Regimenter in Feldausrüstung in Frankfurt a. M. angekommen.

\*\* Der Befehl für die Rückberufung der zu Erntearbeiten beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften der bayerischen Regimenter in Metz wurde bereits am 27. Juli erlassen. Vgl. Fußnote zu Dokument 59.

dieses Armeekorps. Ebenso mobilisieren die Kavalleriedivisionen in Galizien; Kavallerieregimenter und -Divisionen aus Wien und Budapest wurden bereits nach der russischen Grenze transportiert. In dieser Gegend werden gegenwärtig Reservisten einberufen.

Um jeder Drohung zu begegnen und vielleicht um in Petersburg Eindruck zu machen, geht das Gerücht, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Absicht habe, am 30. Juli oder am 1. August die allgemeine Mobilmachung der Armeen zu beschließen. Endlich wird die Rückkehr des Kaisers von Ischl nach Wien für morgen in sichere Aussicht gestellt.

Dumaine

Nr. 91

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Petersburg, den 29. Juli 1914 4 Uhr 14 p. m.\*

Die direkte Verhandlung, zu der die russische Regierung die österreichisch-ungarische Regierung in freundschaftlicher Weise eingeladen hatte, ist von dieser abgeschlagen worden.

Andererseits hat der russische Generalstab festgestellt, daß Österreich seine militärischen Vorbereitungen gegen Rußland beschleunigt und seine Mobilisation, die an der galizischen Grenze begonnen hat, eifrig betreibt\*\*. Infolgedessen wird in dieser Nacht der Mobilisationsbefehl für die dreizehn Armeekorps, die gegebenenfalls gegen Österreich vorgehen würden, erlassen werden.

Trotz des Scheiterns seines Vorschlages stimmt Herr Sasonow dem Gedanken einer Konferenz der vier Mächte in London zu; er legt übrigens keinen Wert auf den offiziellen Titel dieser Beratung und wird sich allen Bemühungen Englands zugunsten des Friedens anschließen.

Paléologue

Nr. 92

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Berlin, den 29. Juli 1914

Heute fragte ich den Staatssekretär, wie es mit der Frage der direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg stehe, die ihm gestern als

\* Zeitangabe nach Senatsbericht Seite 40.

\*\* Nach den Feststellungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstags sind die Angaben unzutreffend. Vgl. Heft 2 des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: Militärische Rüstungen und Mobilmachungen. S. 20.

das beste Vorgehen erschienen wären, um zu einer Entspannung zu gelangen. Er antwortete mir, daß die Stimmung über diesen Punkt in Petersburg günstig sei und daß er in Wien ersucht habe, diesen Weg zu beschreiten; er erwarte die Antwort. Die britische Regierung hätte, nachdem die Anregung einer Konferenz zurückgewiesen worden sei, mitgeteilt, daß sie es begrüßen würde, wenn zwischen Österreich und Rußland diese Verhandlungen eröffnet würden, und hätte Deutschland ersucht, Österreich dazu zu bestimmen, was die Kaiserliche Regierung zu tun nicht ermangele.

Ich fragte Herrn von Jagow, ob er endlich die Antwort Serbiens an Österreich habe, und was er davon halte. Er antwortete mir, er sehe darin eine mögliche Grundlage für Unterhandlungen. Ich entgegnete, daß ich eben deshalb, nach Empfang eines derartigen Schriftstückes, den Bruch Österreichs unerklärlich fände.

Der Staatssekretär bemerkte darauf, daß man bei den Völkern des Ostens niemals genug an Sicherheiten haben könne und daß Österreich die Verwirklichung der ihm gemachten Versprechungen überwachen wolle, eine Kontrolle, der sich Serbien widersetze. Das ist in den Augen des Staatssekretärs der entscheidende Punkt. Ich entgegnete Herrn von Jagow, daß Serbien, da es unabhängig bleiben wolle, die Kontrolle einer einzigen Macht verwerfen müsse, daß dagegen eine internationale Kommission nicht den gleichen Charakter haben würde. Die Balkanstaaten hätten deren mehr als eine; angefangen mit der Finanzkommission in Athen. Man könnte sich z. B., sagte ich, unter anderen Kombinationen eine provisorische internationale Kommission vorstellen, die beauftragt wäre, die von Österreich verlangte polizeiliche Untersuchung zu prüfen; aus diesem Beispiel gehe klar hervor, daß die Antwort Serbiens die Tür öffne zu Unterhandlungen und einen Bruch nicht rechtfertige.

Weiterhin stellte ich an den Staatssekretär die Frage, ob er, abgesehen von den direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg, für die Sir Ed. Grey sich erklärt hätte, nicht denke, daß die gemeinsame Aktion der vier Mächte sich durch die Vermittlung ihrer Botschafter ausüben ließe. Er antwortete mir bejahend und fügte hinzu, daß gegenwärtig das Londoner Kabinett sich damit begnüge, im Sinn der direkten Verhandlungen zu wirken.

Gegen Ende des Nachmittags bat der Reichskanzler den englischen Botschafter um seinen Besuch. Er erörterte mit ihm den Vorschlag Sir Ed. Greys bezüglich der Einberufung einer Konferenz und sagte ihm, er habe einen Vorschlag nicht annehmen können, der Österreich die Oberhoheit der Mächte aufzuerlegen schiene. Er versicherte meinen Kollegen seines aufrichtigen Wunsches nach Frieden und der Anstrengungen, die er in Wien mache, fügte aber bei, daß einzig Rußland es in seiner Macht habe, den Frieden zu erhalten oder den Krieg zu entfesseln.

Sir Edward Goschen antwortete ihm, daß er seine Auffassung nicht teile und daß Österreich den größten Teil der Verantwortung tragen würde,

wenn der Krieg ausbrechen sollte; denn es sei unverantwortlich, daß es mit Serbien nach dessen Antwort gebrochen habe.

Ohne sich über diesen Punkt auszulassen, sagte der Kanzler, er arbeite soviel wie möglich auf die direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland hin; er wisse, daß England diesen Verhandlungen günstig gegenüberstehe. Er fügte hinzu, daß seine eigene Aktion in Wien sehr erschwert würde, wenn es wahr wäre, daß Rußland an der österreichischen Grenze vierzehn Armeekorps mobilisiert habe. Er bat meinen Kollegen, die Aufmerksamkeit Sir Ed. Greys auf alle diese Betrachtungen zu lenken.

Sir Edward Goschen hat in diesem Sinne nach London telegraphiert.

Die Haltung des Kanzlers ist sehr wahrscheinlich die Folge der letzten Unterredung Sir Ed. Greys mit dem Fürsten Lichnowsky. Bis auf diese allerletzten Tage hat man sich hier mit der Hoffnung geschmeichelt, daß England außerhalb des Konflikts bleiben würde, und der Eindruck, den seine Haltung auf die deutsche Regierung, auf die Finanz- und auf die Geschäftswelt gemacht hat; ist ein tiefer.

Jules Cambon

Nr. 93

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Wien, den 29. Juli 1914

Die Ansicht meiner englischen, russischen und italienischen Kollegen sowie die meinige geht übereinstimmend dahin, daß es unmöglich ist, einen ersten Kampf zwischen Österreich und Serbien zu verhindern, da alle Versuche, den Zusammenstoß aufzuhalten, gescheitert sind.

Herr Schebeko hatte den Wunsch geäußert, daß die Besprechungen in Petersburg zwischen Herrn Sasonow und Herrn Szapary fortgesetzt und durch Spezialvollmachten für den letzteren wirksamer gestaltet würden. Dem widersetzte sich Graf Berchtold schlankweg. Er gab damit unzweifelhaft kund, daß Österreich keine Intervention dulde, die es daran hindern würde, Serbien eine Züchtigung und eine Demütigung aufzuerlegen.

Der Herzog von Avarna nimmt als sehr wahrscheinlich an, daß die Gefahr einer allgemeinen Erhebung der südslawischen Untertanen der Monarchie ihre Entschlüsse beschleunigt habe. Er klammert sich noch an die Hoffnung, daß nach einem ersten Erfolge der österreichisch-ungarischen Armeen, aber nicht früher, eine Vermittlung den Konflikt begrenzen könnte.

Dumaine

121

Nr. 94

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Außern,  
nach London, Berlin, Petersburg, Rom, Wien, Konstantinopel und  
Belgrad*

Paris, den 29. Juli 1914

Heute morgen wurde mir vom deutschen Botschafter folgende offiziöse Mitteilung gemacht: Die deutsche Regierung setzt ihre Bemühungen fort, um die österreichische Regierung zu einer freundschaftlichen Unterredung zu veranlassen, die ihr Gelegenheit geben werde, genau den Zweck und die Ausdehnung der Operationen in Serbien zur Kenntnis zu bringen. Das Berliner Kabinett hofft, deutliche Erklärungen zu erhalten, die dazu angetan wären, Rußland zufriedenzustellen. Die Bemühungen Deutschlands werden durch die erfolgte Kriegserklärung keineswegs beeinträchtigt. Eine gleichlautende Mitteilung wird in Petersburg abgegeben werden.

Im Verlaufe einer Unterredung, die ich heute morgen mit Baron von Schoen hatte, erklärte mir dieser, daß die deutsche Regierung die Absichten Wiens nicht kenne. Wenn Berlin wissen wird, wie weit Österreich gehen will, werde eine Grundlage zu Verhandlungen vorhanden sein, die die weiteren Besprechungen zugunsten einer Intervention erleichtern wird.

Auf meine Bemerkung, daß die begonnenen militärischen Operationen vielleicht zu Besprechungen keine Zeit mehr ließen und daß die deutsche Regierung ihren Einfluß in Wien geltend machen sollte, um sie hinzuziehen, antwortete mir der Botschafter, Berlin könne keinen Druck ausüben, er hoffe aber, die Operationen würden nicht sehr aktiv betrieben werden.

Bienvenu-Martin

Nr. 95

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Außern,  
nach London, Berlin, Petersburg, Wien, Konstantinopel, Rom und  
Belgrad*

Paris, den 29. Juli 1914

Im Auftrage seiner Regierung teilte mir Herr Iswolski ein Telegramm des Herrn Sasonow nach Berlin mit. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Rußland infolge der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, sowie der bereits für den größten Teil der österreichisch-ungarischen Armee getroffenen Mobilmachungsmaßnahmen, und endlich der Weigerung des Grafen Berchtold, die Besprechungen zwischen Wien und Petersburg fortzusetzen, die Mobilmachung in den Bezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan beschlossen habe. Der russische Botschafter in Berlin ist be-

auftragt worden, indem er das zur Kenntnis der deutschen Regierung bringe, hinzuzufügen, daß diese militärischen Vorsichtsmaßnahmen in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet seien und ebensowenig Angriffsmaßnahmen gegen Österreich-Ungarn bedeuteten. Der russische Botschafter in Wien sei übrigens von seinem Posten nicht abberufen.

Außerdem gab mir der russische Botschafter von dem Inhalte zweier Telegramme des Herrn Sasonow nach London Kenntnis. Das erste, in dem angezeigt wird, daß die Kriegserklärung an Serbien den Unterhandlungen des russischen Ministers mit dem österreichischen Botschafter ein Ende machte, ersuchte England, so schnell als möglich seine Aktion im Sinne einer Vermittlung und der sofortigen Einstellung der Kriegsoperationen Österreichs (deren Fortsetzung Österreich Zeit lassen würde, Serbien zu erdrücken, während die Vermittlung in die Länge gezogen würde) durchzuführen. Das zweite Telegramm gab Kenntnis von dem Eindrucke, den Herr Sasonow von seinen Unterredungen mit dem deutschen Botschafter erhalten hat, daß nämlich Deutschland die unversöhnliche Haltung Österreichs begünstige und auf es nicht einwirke. Der russische Minister betrachtet die Haltung Deutschlands als sehr beunruhigend und glaubt, England sei besser als die anderen Mächte in der Lage, in Berlin Schritte im Sinne einer Einwirkung auf Wien zu tun.

Bienvenu-Martin

Nr. 96

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Rom, den 29. Juli 1914

Der Minister des Äußern ist vom russischen Botschafter amtlich verständigt worden, daß seine Regierung infolge der Kriegserklärung Österreichs an Serbien und der durch Österreich bereits getroffenen Mobilisierungsmaßnahmen den Befehl gegeben habe, in den Regierungsbezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan zu mobilisieren. Er hat hinzugefügt, daß diese Maßnahme keinen feindlichen Charakter gegen Deutschland trage, und daß der russische Botschafter in Wien nicht abberufen worden sei.

Indem er diese Mitteilung mit mir besprach, sagte der Marquis di San Giuliano zu mir, leider hätten Österreich und Deutschland in dieser ganzen Angelegenheit die Überzeugung gehabt und seien noch jetzt überzeugt, daß Rußland nicht losschlagen werde. Er hat mir hierauf bezüglich eine Depesche des Herrn Bollati vorgelesen, in der ihm dieser über eine heute mit Herrn von Jagow gehabte Unterredung berichtet, bei der ihm letzterer neuerdings wiederholt habe, er glaube nicht, daß Rußland losschlagen werde. Er stützte diese Ansicht auf die Tatsache, daß die russische Regierung soeben einen Unterhändler nach Berlin geschickt habe, um über

gewisse Finanzfragen zu verhandeln. Der österreichische Botschafter in Berlin hat zu seinem englischen Kollegen gleichfalls gesagt, er glaube nicht an einen allgemeinen Krieg, da Rußland zum Kriege weder geneigt noch imstande sei.

Der Marquis di San Giuliano teilt diese Anschauung durchaus nicht. Er meint, daß wenn Österreich sich damit begnügt, Serbien zu demütigen und außer der Annahme der Note gewisse materielle Vorteile zu fordern, die Serbiens Gebiet unberührt lassen, Rußland noch den Weg zur Verständigung mit Österreich finden könne. Wollte aber Österreich Serbien sei es zerstückeln, sei es seiner politischen Unabhängigkeit berauben, so betrachte er es als unmöglich für Rußland, nicht mit den Waffen einzugreifen.

Trotz der äußerst ernsten Lage scheint mir der Minister des Äußern nicht an der Möglichkeit eines Ausgleichs zu verzweifeln. Er glaubt, England könne in Berlin noch einen großen Einfluß im Sinne des Friedens ausüben. Wie er mir sagte, hatte er gestern abend eine lange Besprechung mit dem englischen Botschafter, Sir R. Rodd, um ihm nachzuweisen, wie wirksam die englische Intervention sein könnte. Zum Schlusse sagte er mir: „Wenn Ihre Regierung diese Ansicht ebenfalls teilt, könnte sie ihrerseits in London in diesem Sinne vorstellig werden.“

Barrère

Nr. 97

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London*

Paris, den 29. Juli 1914

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie Sir Ed. Grey bitten wollten, er möge in Berlin sobald als möglich und in der Form, die er für die geeignetste und wirksamste halte, seinen Vorschlag zu einer Vermittlung der vier Mächte wieder aufnehmen, der die grundsätzliche Zustimmung der deutschen Regierung gefunden habe.

Die russische Regierung hat sich verpflichtet, ihrerseits denselben Wunsch der englischen Regierung auszudrücken; Österreichs Kriegserklärung an Serbien, seine Truppensendungen an die österreichisch-russische Grenze, die hierauf folgende russische Mobilisierung an der Grenze von Galizien haben in der Tat den direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland ein Ende gesetzt.

Die Erläuterungen, die die deutsche Regierung nach der Erklärung des Freiherrn von Schoen, die ich Ihnen mitgeteilt habe, in Wien verlangen wird, um die Absichten der österreichischen Regierung zu erfahren, werden den vier Mächten erlauben, zwischen Wien und Petersburg eine zur Erhaltung des Friedens nützliche Tätigkeit zu entfalten.

Ich bitte Sie, den englischen Staatssekretär auch darauf hinzuweisen, wie wichtig es wäre, wenn er von der italienischen Regierung die Zusage ihrer vollständigsten Mitwirkung bei den gemeinsamen Unternehmungen der vier Mächte zugunsten des Friedens erlangen könnte.

René Viviani

Nr. 98

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 29. Juli 1914

In seiner heutigen Unterredung mit meinem deutschen Kollegen hat Sir Ed. Grey bemerkt, daß, da die von Herrn Sasonow vorgeschlagene direkte Aussprache zwischen Rußland und Österreich in Wien nicht angenommen worden sei, es angezeigt wäre, auf seinen Vorschlag einer freundschaftlichen Intervention durch die vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte zurückzukommen. Diese Anregung ist von der deutschen Regierung grundsätzlich angenommen worden, sie hat aber Bedenken gegen den Gedanken einer Konferenz oder einer Vermittlung geäußert. Der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten hat den Fürsten Lichnowsky eingeladen, seine Regierung zu bitten, sie möge selbst eine Formel vorschlagen. Welcher Art sie auch sei, wenn sie erlaubt, den Frieden zu erhalten, werden ihr England, Frankreich und Italien beipflichten.

Der deutsche Botschafter wird das Gesuch des Sir Ed. Grey unverzüglich nach Berlin weitergegeben haben. Indem der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten mir über diese Unterredung berichtete, fügte er hinzu, Deutschlands Antwort auf diese Mitteilung sowie auf diejenige Rußlands über die Mobilmachung von vier Armeekorps\* an der österreichischen Grenze werde uns erlauben, uns über die Absichten der deutschen Regierung Rechenschaft zu geben. Als mein deutscher Kollege Sir Ed. Grey über die Absichten der britischen Regierung befragte, antwortete der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, er habe sich vorläufig nicht darüber auszusprechen.

Sir Ed. Grey hat mir nicht verborgen, daß er die Lage für sehr ernst ansehe und wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung hege.

Paul Cambon

Nr. 99

*Herr Boppe, französischer Gesandter in Belgrad,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Belgrad, den 29. Juli 1914

Der Kronprinz hatte gleich nach der Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums den Zaren telegraphisch um seinen Schutz ge-

\* Hier liegt ein Irrtum vor. Die Mobilmachung umfaßte 4 Armeebezirke = 13 Armeekorps.

beten. Mein russischer Kollege teilt mir im Vertrauen mit, daß er soeben Herrn Pasitsch die Antwort Seiner Majestät mitgeteilt habe.

Der Zar dankt dem Prinzen dafür, daß er sich unter so kritischen Umständen an ihn gewandt habe; er erklärt, alle Maßnahmen seien getroffen, um zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu gelangen, und gibt dem Prinzen die ausdrückliche Zusicherung, daß Rußland, wenn dieses Ziel nicht erreicht werden könne, Serbien niemals seinem Schicksale überlassen werde.

Boppe

Nr. 100

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

St. Petersburg, den 29. Juli 1914\*

Der deutsche Botschafter hat Herrn Sasonow die Erklärung überbracht, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle, werde die deutsche Armee den Mobilmachungsbefehl erhalten.

Herr Sasonow hat geantwortet, die russischen Vorbereitungsmaßnahmen seien begründet, einerseits in der starren Unnachgiebigkeit Österreichs, andererseits in der Tatsache, daß schon acht österreichisch-ungarische Korps mobilisiert seien.

Der Ton, mit welchem Graf Pourtalès sich seiner Ankündigung entledigte, hat die russische Regierung bewogen, noch in dieser Nacht die Mobilmachung der dreizehn für die Operationen gegen Österreich bestimmten Armeekorps zu verfügen.

Paléologue

Nr. 101

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in St. Petersburg und London\*\**

Paris, den 30. Juli 1914

7 Uhr 30 a. m.\*\*\*

Herr Iswolski ist diese Nacht gekommen, um mir zu sagen, der deutsche Botschafter habe Herrn Sasonow eröffnet, seine Regierung sei ent-

\* Aufgegeben 30. Juli 1 Uhr a. m. Vgl. Recouly: Les Heures tragiques d'Avant-Guerre. Seite 160ff.

\*\* In dem nach London aufgegebenen Text fand sich der Zusatz für den dortigen französischen Botschafter „sofort mit Grey Rücksprache zu nehmen, um die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands zu bestimmen, über welche diese beiden Mächte auf Grund des zwischen ihnen bestehenden allgemeinen Einverständnisses zu beraten haben, sobald eine Periode politischer Spannung eintritt“, vgl. Livre Noir II, S. 290, Anm. 2 und Fußnote 2.

\*\*\* Zeitangabe nach Pierre Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre“, S. 153.

schlossen, ihre bewaffnete Macht zu mobilisieren, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle.

Der Minister des Äußern des Zaren weist darauf hin, daß diese Vorbereitungen erst infolge der Mobilmachung von acht Armeekorps durch Österreich und infolge der Weigerung dieser Macht, ihren Zwist mit Serbien friedlich beizulegen, begonnen worden seien. Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Rußland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für erwünscht, daß England, ohne Zeit zu verlieren, sich Rußland und Frankreich anschließe. Im übrigen wird es keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen\*.

Die zwischen den weniger direkt beteiligten Mächten schwebenden Unterhandlungen lassen noch der Hoffnung Raum, daß der Frieden erhalten bleiben könne; nach meiner Meinung wäre es daher zweckmäßig, wenn Rußland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, zu denen es glaube schreiten zu müssen, unmittelbar keinerlei Anordnung trafe, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würde.

Der deutsche Botschafter ist am gestrigen Spätnachmittage gekommen, um mit mir über die militärischen Maßnahmen zu sprechen, die die Regierung der Republik treffe, wobei er hinzufügte, es stehe Frankreich frei, so zu handeln, aber in Deutschland könnten die Rüstungen nicht geheim bleiben und die öffentliche Meinung Frankreichs dürfe sich nicht beunruhigen, wenn Deutschland sich zu solchen entschliesse.

Ich habe geantwortet, die französische Regierung habe keinerlei Maßregel ergriffen, die ihren Nachbarn Anlaß zu Unruhe geben könnte, und ihre Bereitwilligkeit zu jeder Unterhandlung im Sinne der Erhaltung des Friedens könne nicht angezweifelt werden.

René Viviani

---

\* Der Passus ab: Herr Sasonow erklärt... bis Bundespflichten zu erfüllen lautet nach dem französischen Gelbbuch von 1914 wie folgt:

„Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Rußland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für wünschbar, daß England, ohne Zeit zu verlieren, sich Rußland und Frankreich anschließe.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen.

Im übrigen wird es keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.“

Durch Umstellen des Satzes „Im übrigen wird es keine Anstrengungen vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen“ hinter den Absatz: „Frankreich ist entschlossen alle seine Bundespflichten zu erfüllen“, ist erreicht worden, daß die friedensfreundlichen Worte, eine Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen, sich auf Frankreich beziehen anstatt auf Rußland.

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen*

Nr. 311.

Petersburg, den 30. Juli 1914  
Aufgegeben 4 Uhr 31 p. m.  
angekommen 6 Uhr 51 p. m.

Ich antworte auf Ihr Telegramm Nr. 453.

Heute morgen noch habe ich Herrn Sasonow gebeten, jede militärische Maßregel zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung geben könnte. Er antwortete mir, daß gerade im Verlauf der letzten Nacht der russische Generalstab gewisse geheime Vorsichtsmaßregeln aufgeschoben habe, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätte alarmieren können.

Gestern hat der russische Generalstabschef den Militärattaché der deutschen Botschaft zu sich gebeten und ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die heute früh angeordnete Mobilmachung ausschließlich Österreich angehe.

Paléologue

\* Im französischen Gelbbuch von 1914 sind die Texte von 102a und b in einem Telegramm zusammengezogen, das folgenden Wortlaut hat:

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern.

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Herr Sasonow, dem ich Ihren Wunsch, jede militärische Maßnahme vermeiden zu sehen, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung bieten könnte, bekanntgegeben habe, hat mir geantwortet, gerade in der letzten Nacht habe der Generalstab den Aufschub gewisser militärischer Vorsichtsmaßregeln angeordnet, um jeder Mißdeutung vorzubeugen. Gestern hat der russische Generalstabschef den Militärattaché der deutschen Botschaft zu sich gebeten und ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die heute früh angeordnete Mobilmachung ausschließlich Österreich angeht.

Heute nachmittag jedoch hat sich Herr Sasonow in einer Unterredung mit dem Grafen Pourtalès überzeugen müssen, daß Deutschland in Wien das entscheidende Wort, das den Frieden sichern würde, nicht sprechen will. Kaiser Nikolaus hat aus Depeschen, die er persönlich mit Kaiser Wilhelm gewechselt hat, denselben Eindruck gewonnen.

Andererseits haben der russische Generalstab und die Admiralität beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Marine erhalten.

Indem er mir diese Mitteilung machte, fügte Herr Sasonow hinzu, die russische Regierung setze nichtsdestoweniger ihre Versöhnungsversuche fort. Er sagte mir wiederum: „Bis zum letzten Augenblicke werde ich unterhandeln.“

Paléologue

Der Originalwortlaut der beiden Telegramme ist von Poincaré am 19. Januar 1923 im „Temps“ bekannt gegeben worden.

Telegramm 102a trägt die Journalnummer 311 und Telegramm 102b die Journalnummer 315. Es liegen also vier Telegramme dazwischen, deren Text bis jetzt nicht veröffentlicht worden ist.

Nr. 102, II

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen\**

Nr. 315.

Petersburg, 30. Juli 1914

Aufgegeben 9 Uhr 15 p. m.

angekommen 11 Uhr 25 p. m.

In einer Unterredung, die Herr Sasonow heute nachmittag mit dem Grafen Pourtalès gehabt hat, mußte er sich überzeugen, daß Deutschland in Wien die entscheidenden Worte, die den Frieden sichern würden, nicht sprechen will. Kaiser Nikolaus hat aus einem Telegrammwechsel, den er persönlich mit Kaiser Wilhelm geführt hat, denselben Eindruck gewonnen.

Andererseits haben der russische General- und Admiralstab beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Marine erhalten. Die russische Regierung hat daher beschlossen, die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung vorzunehmen.

Indem er mir diese Mitteilung machte, fügte Herr Sasonow hinzu, daß die russische Regierung nichtsdestoweniger ihre Vermittlungsbemühungen fortsetzen werde. Er wiederholte mir: „Bis zum letzten Augenblick werde ich unterhandeln.“

Paléologue

Nr. 103

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Der deutsche Botschafter hat diese Nacht bei Herrn Sasonow von neuem, wenn auch in weniger entschiedenen Ausdrücken, darauf gedrungen, daß Rußland seine militärischen Vorbereitungen einstelle, wobei er versicherte, daß Österreich den Gebietsbestand Serbiens nicht antasten werde.

„Nicht nur die territoriale Integrität Serbiens müssen wir schützen,“ hat Herr Sasonow geantwortet, „sondern auch seine Unabhängigkeit und seine Souveränität. Wir können nicht zulassen, daß Serbien ein Vasall Österreichs werde.“

Herr Sasonow hat hinzugefügt\*\* : „Die Stunde ist zu ernst, als daß ich Ihnen nicht rückhaltlos sagen sollte, wie ich denke. Indem Deutschland

\* Vgl. die Fußnote zu Telegramm 102a S. 162.

\*\* Die folgende Mitteilung hat Sasonow nicht in der Nacht vom 29. zum 30. Juli, sondern am 30. Juli vormittags gemacht. Vgl. Deutsche Dokumente Nr. 421, Telegramm Nr. 192 des deutschen Botschafters in Petersburg an das Auswärtige Amt.

in Petersburg interveniert, während es sich weigert, in Wien zu intervenieren, sucht es nur Zeit zu gewinnen, damit Österreich das kleine Königreich Serbien zertrete, bevor ihm Rußland zu Hilfe eilen könne. Aber Kaiser Nikolaus wünscht so dringend, den Krieg zu beschwören, daß ich Ihnen in seinem Namen einen neuen Vorschlag machen will:

„Wenn Österreich, in der Erkenntnis, daß sein Konflikt mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum alle jene Punkte auszuschneiden, die die Souveränität Serbiens antasten, so verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Maßnahmen einzustellen.“

Graf Pourtalès hat versprochen, diesen Vorschlag bei seiner Regierung zu unterstützen.

Nach der Auffassung des Herrn Sasonow würde die Annahme seines Vorschlages als logische Folge die Eröffnung von Verhandlungen der Mächte in London haben.

Die russische Regierung beweist durch ihre Haltung neuerdings, daß sie nichts unterläßt, um dem Konflikt Einhalt zu tun.

Paléologue

Nr. 104

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Minister des Außern*

Wien, den 30. Juli 1914

Trotz der Mitteilung, die der russische Botschafter gestern mehreren seiner Kollegen, darunter dem deutschen, über die teilweise Mobilisierung in seinem Lande gemacht hat, hatte sich die Wiener Presse enthalten, die Nachricht zu veröffentlichen. Dieses den Zeitungen auferlegte Schweigen findet seine Erklärung in einer hochwichtigen Unterredung zwischen Herrn Schebeko und dem Grafen Berchtold, die die furchtbaren Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, einer eingehenden Betrachtung unterzogen haben, beide mit demselben guten Willen, ihnen durch beiderseits annehmbare Lösungen zu begegnen.

Die militärischen Vorbereitungen auf der russischen Seite, hat Herr Schebeko dargelegt, haben keinen andern Zweck, als auf diejenigen Österreichs zu antworten und die Absicht und das Recht des Zaren kundzutun, bei der Regelung der serbischen Frage mitzusprechen. Die in Galizien getroffenen Mobilmachungsmaßnahmen, hat Graf Berchtold geantwortet, bedeuten ebensowenig irgendwelche feindselige Absicht und bezwecken nur, den gegenwärtigen Stand der Dinge aufrecht zu erhalten. Auf beiden Seiten wird man sich darum bemühen zu verhindern, daß diese Maßnahmen als Zeichen von Feindseligkeit ausgelegt werden.

Zur Beilegung des österreichisch-serbischen Streites ist vereinbart worden, die Unterhandlungen in Petersburg zwischen Herrn Sasonow und dem Grafen Szapary wieder aufzunehmen; wenn sie unterbrochen worden sind, so ist es nur infolge eines Mißverständnisses geschehen, indem Graf Berchtold glaubte, der russische Minister des Äußern verlange für den mit ihm verhandelnden Botschafter Vollmachten, die ihm erlauben würden, den Wortlaut des österreichischen Ultimatus abzuändern. Graf Szapary wird nur ermächtigt sein, darüber zu verhandeln, welches Übereinkommen mit der Würde und dem Ansehen vereinbar wäre, die zu wahren beide Reiche in gleicher Weise besorgt seien.

Unter dieser unmittelbaren und auf die beiden Meistbeteiligten beschränkten Form würde daher vorderhand die Prüfung der Angelegenheit stattfinden, die Sir Ed. Grey den vier nicht direkt beteiligten Mächten anzuvertrauen vorgeschlagen hatte.

Sir M. de Bunsen, der sich bei mir befand, hat Herrn Schebeko sofort erklärt, daß das Foreign Office dieses neue Vorgehen völlig billigen werde. In Wiederholung seiner am Ballplatz abgegebenen Darlegung hat der russische Botschafter versichert, daß seine Regierung den Forderungen der Monarchie in viel höherem Grade Rechnung tragen werde, als man annehme; Herr Schebeko habe nichts vernachlässigt, um den Grafen Berchtold zu überzeugen, daß es Rußlands aufrichtiger Wunsch sei, zu einer für beide Reiche annehmbaren Verständigung zu gelangen.

Die Unterredung war in freundschaftlichem Ton gehalten und gestattete zu glauben, daß noch nicht alle Hoffnung verloren sei, den Konflikt zu lokalisieren, als die Nachricht von der deutschen Mobilmachung nach Wien gelangte.

Dumaine

Nr. 105

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Berlin, den 30. Juli 1914  
Aufgegeben 3 Uhr 30 p. m.  
angekommen 10 Uhr p. m.\*

Herr von Jagow hat mir um zwei Uhr telephonierte, die eine Stunde vorher verbreitete Nachricht von der deutschen Mobilmachung sei falsch, und hat mich gebeten, Sie dringlich davon zu benachrichtigen; die kaiserliche Regierung läßt die Sonderausgaben der Zeitungen, die die Nachricht verkündeten, mit Beschlag belegen. Aber weder diese Mitteilung noch diese Maßregeln vermindern meine Befürchtungen in bezug auf Deutschlands Pläne.

\* Die Zeitangaben nach: Bourgeois et Pagès S. 44, und Poincaré a. a. O. S. 259.

Es scheint festzustehen, daß der außerordentliche Ministerrat, der gestern abend in Potsdam mit den Militärbehörden und unter dem Vorsitz des Kaisers abgehalten worden ist, die Mobilmachung beschlossen hatte, was die Vorbereitung einer Sonderausgabe des Lokal-Anzeigers erklärt, daß aber unter verschiedenen Einwirkungen (Erklärung Englands, daß es sich volle Handlungsfreiheit vorbehalte, Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und Wilhelm II.) die beschlossenen schwerwiegenden Maßnahmen angehalten worden sind.

Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um zwei Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt sei es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilisierung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden. Ich weiß nicht, wer in den „Lokal-Anzeiger“, ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.

Ich habe übrigens die triftigsten Gründe zu der Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind, wo man möchte, daß wir unsere Mobilisierung zuerst bekannt geben, um uns die Verantwortung dafür zuzuschieben. Jules Cambon

Nr. 106

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Außern,  
an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London*

Paris, den 30. Juli 1914

Ich bitte Sie, die folgenden Nachrichten über die französischen und deutschen militärischen Vorbereitungen zur Kenntnis Sir Ed. Greys zu bringen. England wird daraus ersehen, daß, wenn Frankreich entschlossen ist, es nicht die Macht ist, die aggressive Maßnahmen trifft.

Wollen Sie die Aufmerksamkeit Sir Ed. Greys auf den vom Ministerrat heute früh gefaßten Beschluß lenken: Obgleich Deutschland seine Deckungsmaßnahmen einige hundert Meter von der Grenze, an der ganzen Front von Luxemburg bis zu den Vogesen, getroffen und Deckungstruppen in ihre Kampfstellungen gebracht hat, haben wir unsere Truppen 10 Kilometer von der Grenze ferngehalten und ihnen verboten, näher an sie heranzurücken.

Unser für die Offensive berechneter Plan sah jedoch vor, daß die Kampfstellungen unserer Deckungstruppen so nahe als möglich an die Grenze vorgeschoben werden sollten. Indem sie somit einen Gebietsstreifen ohne Verteidigung einem plötzlichen Einfall des Feindes aussetzt, ist die

Regierung der Republik darauf bedacht, zu beweisen, daß Frankreich ebensowenig wie Rußland die Verantwortung des Angriffs trägt.

Um sich davon zu überzeugen, genügt es, die auf beiden Seiten unserer Grenze getroffenen Maßnahmen zu vergleichen; in Frankreich wurden die Beurlaubten erst zurückberufen, nachdem wir die Gewißheit gewonnen hatten, daß dies in Deutschland schon vor fünf Tagen geschehen sei.

In Deutschland sind nicht nur die Garnisonstruppen von Metz bis zur Grenze vorgeschoben worden, sondern sie sind sogar durch Abteilungen verstärkt worden, die auf der Eisenbahn aus Garnisonen im Innern, wie Trier oder Köln, herangebracht worden sind. Nichts Ähnliches ist in Frankreich geschehen.

Die Kriegsausrüstung der befestigten Plätze an der Grenze (Abholzungen, Aufstellung von Geschützen, Errichtung von Brustwehren, Verstärkung der Drahtgeflechte) ist in Deutschland schon Sonnabend, den 25. begonnen worden; bei uns wird sie gleich beginnen, da Frankreich nicht verabsäumen kann, dieselben Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bahnhöfe sind in Deutschland Sonnabend den 25. militärisch besetzt worden, in Frankreich Dienstag den 28.

Endlich sind in Deutschland die Reservisten zu Zehntausenden persönlich wieder einberufen worden, die im Ausland wohnhaften (Jahrgänge 1903—1911) sind zurückberufen, die Reserveoffiziere aufgeboden worden; im Innern sind die Straßen gesperrt, Kraftwagen dürfen nur mit einem Erlaubnisschein verkehren. Es ist die letzte Vorbereitungsstufe vor der Mobilmachung. In Frankreich ist keine dieser Maßnahmen getroffen worden.

Das deutsche Heer hat seine Vorposten an unseren Grenzmarken; zweimal sind gestern deutsche Patrouillen in unser Gebiet eingedrungen. Das ganze XVI. Korps von Metz, verstärkt durch einen Teil des aus Trier und Köln gekommenen VIII. Korps, hält die Grenze von Metz bis Luxemburg besetzt\*, das XV. Armeekorps von Straßburg ist an die Grenze vorgeschoben worden.

Unter der Androhung des Erschießens ist es den Elsaß-Lothringern der annektierten Gebiete verboten, die Grenze zu überschreiten.

René Viviani

Nr. 107

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Berlin, den 30. Juli 1914

Der englische Botschafter hat keine Mitteilung von Deutschlands Antwort auf die Anfrage Sir Ed. Greys erhalten. Er hat mir gesagt, Berlin habe Wien befragt und erwarte noch die Äußerung seines Bundesgenossen.

\* Die Angaben über die militärischen Vorbereitungen treffen nicht zu, vgl. Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß Heft 11 „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen“; siehe besonders Anlage 23, 24 und 26.

Mein russischer Kollege hat mir seinerseits soeben bekannt gegeben, daß Herr von Jagow (dem Graf Pourtalès die von Herrn Sasonow für eine österreichisch-russische Verständigung vorgeschlagene Versöhnungsformel mitgeteilt hatte) ihm soeben erklärt habe, er finde diesen Vorschlag für Österreich unannehmbar, wodurch er die negative Tätigkeit der deutschen Diplomatie in Wien zu erkennen gegeben habe. Jules Cambon

Nr. 108

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

London, den 30. Juli 1914

Fürst Lichnowsky hat keine Antwort auf die Frage gebracht, die ihm Sir Ed. Grey gestern vorgelegt hatte, um von der deutschen Regierung eine Formel für die Intervention der vier Mächte zugunsten des Friedens zu erhalten. Dagegen hat mein deutscher Kollege den Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten über Englands militärische Vorbereitungen befragt.

Sir Ed. Grey hat ihm geantwortet, diese hätten keinen offensiven Charakter, aber bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auf dem Kontinent sei es natürlich, daß man einige Vorsichtsmaßregeln treffe; in England wie in Frankreich wünsche man die Erhaltung des Friedens, und wenn man in England wie in Frankreich Verteidigungsmaßnahmen ins Auge fasse, so geschehe es nicht zu dem Zweck, einen Angriff vorzubereiten.

Die von Eurer Exzellenz erhaltenen Mitteilungen über die von Deutschland an der französischen Grenze betriebenen militärischen Maßnahmen haben mir gestattet, Sir Ed. Grey darauf aufmerksam zu machen, daß es sich heute nicht mehr um einen Streit um Einfluß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn handele; es bestehe Gefahr eines Angriffes, der einen allgemeinen Krieg heraufbeschwören könnte.

Sir Ed. Grey hat meine Empfindung völlig verstanden, und wie ich hält er den Augenblick für gekommen, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen und sie gemeinsam zu erörtern. Paul Cambon

Nr. 109

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Berlin, den 30. Juli 1914

In meiner heutigen Unterhaltung mit dem Staatssekretär habe ich Herrn von Jagow gefragt, welche Antwort er Sir Ed. Grey auf seine Bitte,

selbst eine Formel für die Intervention der nichtbeteiligten Mächte vorzuschlagen, erteilt habe.

Er hat mir geantwortet, daß „um Zeit zu gewinnen“, er beschlossen habe, direkt zu handeln, und er Österreich gebeten habe, zu sagen, auf welcher Grundlage eine Aussprache mit ihm möglich wäre. Diese Antwort hat zum Zweck, England, Frankreich und Italien unter dem Vorwande beschleunigteren Handelns auszuschalten und Herrn von Tschirschky, dessen alldeutsche und rußlandfeindliche Gesinnung bekannt ist, damit zu betrauen, Österreich für eine versöhnliche Haltung zu gewinnen.

Herr von Jagow hat hierauf mit mir von der russischen Mobilisierung an der österreichischen Grenze gesprochen; er hat zu mir gesagt, diese Mobilisation stelle den Erfolg jeder Intervention bei Österreich in Frage, und davon hänge alles ab. Er hat hinzugefügt, er befürchte, Österreich werde infolge der teilweisen russischen Mobilmachung vollständig mobilisieren, was als Gegenzug die allgemeine russische Mobilmachung und demzufolge diejenige Deutschlands nach sich ziehen könnte.

Ich habe den Staatssekretär darauf aufmerksam gemacht, daß er selbst mir gesagt habe, Deutschland erachte sich nur in dem Falle für genötigt, zu mobilisieren, wenn Rußland an der deutschen Grenze mobilisiere, dies sei aber nicht der Fall. Er hat mir geantwortet, das sei wahr, aber die Heeresführer beständen darauf, denn jede Verspätung bedeute einen Kräfteverlust für das deutsche Heer, und „die Worte, an die ich erinnerte, hätten nicht eine bindende Verpflichtung von seiner Seite bedeutet.“

Nach meinem aus dieser Unterredung gewonnenen Eindrucke sind die Friedensaussichten noch mehr geschwunden.

Jules Cambon

Nr. 109a

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, französischen Ministerpräsidenten und  
Minister des Auswärtigen*

(Telegrammauszug\*)

Berlin, den 30. Juli 1914  
Aufgegeben 2 Uhr 30 p. m.

Das Gerücht wird verbreitet, daß die Mobilmachung diesen Morgen im Ministerrat beschlossen worden sei und wahrscheinlich morgen erlassen würde. Den Pressekorrespondenten hat man in der Wilhelmstraße erklärt, daß man die Gerüchte des heutigen Morgens weder dementieren noch bestätigen könne, daß aber schwerwiegende Beschlüsse gefaßt worden seien. Es herrscht eine große Erregung.

\* Dieser Telegrammauszug ist bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 44 und bei Poincaré a. a. O. S. 260 veröffentlicht.

Nr. 109b

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, französischen Ministerpräsidenten und  
Minister des Auswärtigen*

(Telegrammauszug\*)

Berlin, den 30. Juli 1914  
Aufgegeben 2 Uhr 40 p. m.

Herr von Jagow hat ihm gesagt, daß der Ministerrat, der gestern abend (29. Juli) unter Vorsitz des Kaisers mit den militärischen Chefs im Anschluß an die amtliche Mitteilung der russischen Mobilmachung in Potsdam stattgefunden hat, nichts Endgültiges beschlossen hätte. Der Unterstaatssekretär hat hinzugefügt, er fürchte, daß Österreich im Anschluß an die russische Teilmobilmachung mobilisieren werde, was rückwirkend die russische allgemeine Mobilmachung und infolgedessen die Deutschlands nach sich ziehen könnte. Diese Rückwirkung gelte es zu vermeiden. Herr von Jagow hätte ihm indessen versichert, nicht an der Erhaltung des Friedens zu verzweifeln.

Nach den persönlichen Auskünften dieses Gesandten wären die deutschen Truppen bereits auf dem Eisenbahntransport an unsere Grenze.

Nr. 110

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Außern*

London, den 31. Juli 1914

Zu Beginn unserer heutigen Unterredung hat mir Sir Ed. Grey gesagt, Fürst Lichnowsky habe ihn heute morgen gefragt, ob England in dem sich vorbereitenden Konflikt die Neutralität bewahren werde. Der Staats-

\* Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 43. In diesem Telegrammauszug berichtet Jules Cambon über eine Unterredung des Vertreters einer neutralen Macht mit Staatssekretär von Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann.

Staatssekretär von Jagow hat auf eine Anfrage über die aus dem Senatsbericht angeführte Unterredung mit dem Vertreter einer neutralen Macht der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen folgendes mitgeteilt:

„Ich kann auch kaum Mutmaßungen aufstellen, wer der ‚diplomate neutre‘, auf den Cambon sich beruft, gewesen sein könnte. Vielleicht Theotoki? Jedenfalls liegen Mißverständnisse vor, denn von einem ‚conseil‘ werde ich nicht gesprochen haben; daß ein solcher nicht stattgehabt hat, habe ich neulich noch in meiner ‚Antwort an Viviani‘ selbst festgestellt. Möglich ist, daß ich gesagt habe, daß noch nichts beschlossen sei.“

Vgl. Alfred von Wegerer: Der angebliche „Kronrat“ vom 29. Juli 1914. „Die Kriegsschuldfrage“, Juli 1923 S. 12.

sekretär der auswärtigen Angelegenheiten habe ihm geantwortet, wenn der Konflikt allgemein werden sollte, würde England nicht neutral bleiben können, und namentlich wenn Frankreich hineingezogen werden sollte, würde auch England mitgerissen werden.

Ich habe dann Sir Ed. Grey über die Beratung des Ministerrats befragt, die heute morgen stattgefunden hatte. Er hat mir geantwortet, nach Prüfung der Lage finde das Kabinett, daß uns die britische Regierung zurzeit ihre Intervention nicht verbürgen könne; sie habe die Absicht, sich dafür zu verwenden, um von Deutschland und Frankreich die Verpflichtung der Respektierung der belgischen Neutralität zu erlangen; bevor man aber eine Intervention ins Auge fassen könne, müsse man die weitere Entwicklung der Dinge abwarten.

Ich habe Sir Ed. Grey gefragt, ob die britische Regierung mit der Intervention warten wolle, bis der Feind in französisches Gebiet eingefallen sei. Ich habe besonderen Nachdruck auf die Tatsache gelegt, daß die von Deutschland an unserer Grenze bereits getroffenen Maßnahmen die Absicht eines baldigen Angriffs erkennen ließen, und wenn man eine Wiederholung des Irrtums, den Europa im Jahre 1870 begangen habe, nicht wieder erleben wolle, so sei es angezeigt, daß England jetzt schon in Erwägung ziehe, unter welchen Bedingungen es uns den Beistand leisten würde, auf den Frankreich zähle.

Sir Ed. Grey hat mir geantwortet, die Meinung des Kabinetts habe sich nur über die gegenwärtige Situation gebildet; diese Lage könne sich ändern, und in diesem Falle würde man sofort den Ministerrat einberufen, um darüber zu beraten.

Sir A. Nicolson, den ich beim Verlassen des Arbeitszimmers des Staatssekretärs gesehen habe, hat mir gesagt, der Ministerrat werde morgen wieder zusammentreten, und er hat mir im Vertrauen zu verstehen gegeben, der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten werde nicht ermangeln, die Diskussion wieder aufzunehmen.

Ihren Weisungen gemäß habe ich das Nötige veranlaßt, damit das Handschreiben, das der Präsident der Republik an Seine Majestät den König von England richtet, dem Könige heute abend übergeben werde. Dieser Schritt, der gewiß dem Ministerpräsidenten gleich morgen früh mitgeteilt werden wird, wird ohne Zweifel von dem britischen Kabinett in ernste Erwägung gezogen werden.

Paul Cambon

Nr. 111

*Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Luxemburg, den 31. Juli 1914

Der Staatsminister verläßt soeben die Gesandtschaft; er kam, mir zu sagen, daß die Deutschen die Moselbrücken bei Schengen und Remich

mit Wagen, diejenige bei Wormeldange mit Seilen gesperrt hätten. Die Brücken über die Sauer bei Wasserbillig und Echternach sind nicht gesperrt, aber die Deutschen lassen weder Getreide, noch Vieh, noch Kraftwagen mehr aus Preußen heraus.

Herr Eyschen hat mich gebeten, und das war der eigentliche Zweck seines Besuches, Sie um eine amtliche Zusicherung zu bitten, welche die Versicherung enthält, daß Frankreich im Kriegsfall die Neutralität Luxemburgs achten werde. Auf die Frage, ob er eine entsprechende Erklärung von der deutschen Regierung erhalten habe, hat er mir gesagt, er werde sich sogleich zu dem deutschen Gesandten begeben, um dieselbe Erklärung zu erhalten.

Nachschrift. — Bis jetzt sind durch die luxemburgische Regierung keine besonderen Maßnahmen getroffen worden. Herr Eyschen kommt von der deutschen Gesandtschaft zurück. Er hat sich über die von Argwohn zeugenden Maßregeln gegen einen neutralen Nachbarn beklagt. Der Staatsminister hat den deutschen Gesandten um eine amtliche Erklärung seiner Regierung ersucht, daß sie sich verpflichte, die Neutralität zu achten. Herr von Buch soll ihm geantwortet haben: „Das versteht sich von selbst, aber die französische Regierung müßte dieselbe Verpflichtung übernehmen.“

Mollard

Nr. 112

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin,  
Wien und Rom*

Paris, den 31. Juli 1914

Der englische Botschafter hat mir eine Note\* seiner Regierung überreicht, in der sie die französische Regierung ersucht, in St. Petersburg einen auf eine friedliche Lösung des österreichisch-serbischen Konflikts abzielenden Vorschlag zu unterstützen.

Diese Note legt dar, daß der deutsche Botschafter Sir Ed. Grey benachrichtigt hat, seine Regierung hege die Absicht, sich zu bemühen, von der österreichisch-ungarischen Regierung nach der Einnahme Belgrads und der Besetzung der benachbarten Grenzgebiete das Versprechen zu erwirken, nicht weiter vorzugehen, während die Mächte zu erreichen versuchen würden, daß Serbien Österreich befriedigende Genugtuung leiste; das besetzte Gebiet würde nach erfolgter Genugtuung geräumt werden.

Sir Ed. Grey hat diese Anregung am 29. Juli gemacht und drückt die Hoffnung aus, daß die militärischen Vorbereitungen auf allen Seiten ein-

\* Die Note selbst ist im Gelbbuch nicht enthalten. Inhaltlich ist die Note auch im englischen Blaubuch Nr. 103 enthalten.

gestellt werden. Obgleich der russische Botschafter in London den Staatssekretär benachrichtigt hat, er fürchte, daß die russische Bedingung (wenn Österreich, in der Erkenntnis, daß sein Konflikt mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum alle jene Punkte auszuschneiden, die dem Prinzip der Souveränität Serbiens Eintrag tun, so verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen) nicht abgeändert werden könne, glaubt Sir Ed. Grey, daß, wenn Österreich seinen Vormarsch nach der Einnahme von Belgrad anhalte, die russische Regierung darin einwilligen könnte, die Formel in dem Sinne zu ändern, daß die Mächte prüfen würden, wie Serbien Österreich volle Genugtuung geben könne, ohne der Souveränität oder der Unabhängigkeit des Königreichs Eintrag zu tun. Für den Fall, daß Österreich nach der Besetzung Belgrads und des benachbarten serbischen Gebiets sich im Interesse Europas bereit erklärte, nicht weiter vorzurücken und über die Mittel zur Erreichung eines Ausgleiches zu verhandeln, könnte auch Rußland der Diskussion zustimmen und seine militärischen Vorbereitungen einstellen, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte in gleicher Weise handeln.

Dem Ersuchen Sir Ed. Greys entsprechend, hat sich die französische Regierung der englischen Anregung angeschlossen und ihren Botschafter in Petersburg in folgenden Sätzen gebeten, sich zu bemühen, ungesäumt die Zustimmung der russischen Regierung zu erlangen:

„Ich bitte Sie, Herrn Sasonow dringlich bekannt zu geben, daß die Anregung Sir Ed. Greys mir eine brauchbare Grundlage zu einer gegenseitigen Aussprache zwischen den Mächten zu bieten scheint, die alle von demselben Wunsche durchdrungen sind, an einer ehrenvollen Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes zu arbeiten und so die Gefahren, die den allgemeinen Frieden bedrohen, abzuwenden.

Der von dem ersten Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten vorgeschlagene Plan, dem Vorrücken der österreichischen Armee Einhalt zu tun und den Mächten die Prüfung der Frage, wie Serbien Österreich unbeschadet der Hoheitsrechte und der Unabhängigkeit des Königreichs volle Genugtuung geben könnte, anzuvertrauen, gibt dadurch Rußland ein Mittel an die Hand, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen, wobei die anderen Mächte dasselbe tun müßten, und ist geeignet, Rußland und Österreich in gleicher Weise Genugtuung zu geben und Serbien einen annehmbaren Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu verschaffen.

Ich bitte Sie, die vorgehenden Erwägungen zu beherzigen, um bei Herrn Sasonow mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß er ungesäumt dem Vorschlage Sir Ed. Greys, der ihm auch von dessen Seite unterbreitet sein dürfte, seine Zustimmung gebe.“

René Viviani

Nr. 113

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Außern*

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

Die Nachricht von der Beschießung Belgrads in der Nacht und am Morgen des gestrigen Tages hat in Rußland die lebhafteste Erregung hervorgerufen. Man kann keine Erklärung für das Verhalten Österreichs finden, das seit dem Beginn der Krise auf Rußlands Verständigungsversuche und auf die zwischen Petersburg und Wien erfolgten befriedigenden Aussprachen beständig Herausforderungen hat folgen lassen.

Wie dem auch sei, von dem Wunsche geleitet, nichts zu unterlassen, um die Aufrichtigkeit seines Verlangens nach Bewahrung des Friedens zu beweisen, benachrichtigt mich Herr Sasonow, daß er seine Formel auf das Ersuchen des englischen Botschafters folgendermaßen abgeändert hat:

„Wenn Österreich einwilligt, den Vormarsch seiner Truppen auf serbischem Gebiete anzuhalten, und wenn es, in der Erkenntnis, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, zugibt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könnte, ohne seinen Hoheitsrechten und seiner Unabhängigkeit Abbruch zu tun, verpflichtet sich Rußland, in seiner zuwartenden Haltung zu verharren.“

Paléologue

Nr. 114

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Außern,  
an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin,  
Wien, Rom und Konstantinopel*

Paris, den 31. Juli 1914

Die bisher von England und Rußland nebeneinander und unter der eifrigen Mitwirkung Frankreichs (das von vornherein zu jedem Friedensversuch gewonnen ist) erfolgten Bemühungen zugunsten einer direkten Verständigung zwischen Wien und St. Petersburg oder einer in der geeignetsten Form zu erfolgenden Vermittlung der vier Mächte vereinigen sich heute miteinander: Einen neuen Beweis seines Wunsches nach einer Verständigung gebend, hat sich Rußland beeilt, dem ersten Anzeichen eines Vorschlags, den Deutschland seit dem Beginn der Krise macht (bezüglich der Bedingungen, unter welchen Rußland seine militärischen Rüstungen

einstellen würde), dadurch zu entsprechen, daß es eine Formel aufsetzt und sofort entsprechend dem Ersuchen Englands abändert; nachdem andererseits auch die Unterhandlungen zwischen dem russischen und dem österreichischen Botschafter wieder aufgenommen worden sind, sollte man also hoffen dürfen, daß die englische Vermittlung in London die Bemühungen der unmittelbaren Verhandlungen von Wien und St. Petersburg zu einem guten Ende bringen werde.

Die beharrliche Haltung Deutschlands jedoch, das seit dem Beginn des Konflikts, während es jeder der Mächte gegenüber unaufhörlich seine friedlichen Absichten beteuerte, in Wirklichkeit durch sein entweder inhaltendes oder negatives Verhalten alle Verständigungsversuche zum Scheitern gebracht und nicht aufgehört hat, durch seinen Botschafter Wien in seiner Unnachgiebigkeit zu bestärken; die seit dem 25. Juli begonnenen und seither ohne Unterbrechung fortgesetzten militärischen Vorbereitungen Deutschlands: der sofortige Einspruch Deutschlands gegen die russische Formel, die in Berlin als für Österreich unannehmbar bezeichnet wurde, bevor noch diese Macht darüber befragt worden war; alle Eindrücke endlich, die uns von Berlin mitgeteilt werden, drängen einem die Überzeugung auf, Deutschland habe es auf die Demütigung Rußlands, die Sprengung des Dreiverbandes und, wenn diese Ziele nicht zu erreichen seien, den Krieg abgesehen.

René Viviani

Nr. 115

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Außern*

Wien, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 6 Uhr a. m.\*  
angekommen 8 Uhr 30 p. m.

Die allgemeine Mobilisierung, die alle Männer von 19 bis 42 Jahren betrifft, ist heute früh am Morgen von der österreichisch-ungarischen Regierung verfügt worden.

Mein russischer Kollege ist noch der Meinung, daß diese Maßnahme nicht unbedingt im Widerspruch mit den gestrigen Erklärungen des Grafen Berchtold stehe.

Dumaine

---

\* Die Zeiten sind durch den Ministerpräsidenten Herriot am 18. Februar 1925 dem Vorstand der französischen Liga für Menschenrechte mitgeteilt worden. Vgl.: Les Cahiers des Droits de l'Homme, 25. März 1925, S. 161.

Nr. 116

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern\**

Berlin, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 12 Uhr 57 p. m.

Herr von Jagow hat mich zu sich bitten lassen und mir soeben gesagt, er müsse mir zu seinem großen Bedauern mitteilen, daß sich Deutschland angesichts der allgemeinen Mobilmachung der russischen Armee im Interesse der Sicherheit des Reiches genötigt sehe, ernsthafte Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Man habe den sogenannten „Kriegsgefahrzustand“ verkündet, der der Behörde erlaubt, wenn sie es für nützlich erachtet, den Belagerungszustand zu erklären, gewisse öffentliche Dienste einzustellen und die Grenze zu sperren.

Gleichzeitig verlangt man in Petersburg die Demobilisierung sowohl nach der österreichischen, als auch nach der deutschen Seite hin, widrigenfalls Deutschland seinerseits genötigt wäre, zu mobilisieren. Herr von Jagow hat mich davon in Kenntnis gesetzt, daß Herr von Schoen beauftragt sei, die französische Regierung von den Entschließungen des deutschen Kabinetts zu verständigen und sie zu fragen, welche Haltung sie einzunehmen gedenke.

Jules Cambon

Nr. 117\*\*

*Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten  
an den französischen Botschafter in Petersburg*

Nr. 483, 484.

Paris, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 9 Uhr und 9 Uhr 30 p. m.\*\*\*

Die deutsche Regierung, welche behauptet, daß die russische Regierung Mobilisierung ihrer Land- und Seestreitkräfte angeordnet hat, beschloß

\* Die Zeitangabe ist bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 33 veröffentlicht.

\*\* Der vorstehende Wortlaut ist der Schrift von Mathias Morhardt: „Les Origines de la Guerre“, Paris 1921, S. 61 f. entnommen.

Im französischen Gelbbuch von 1914 lautete der erste Absatz gekürzt:

Die deutsche Regierung hat heute Mittag beschlossen, alle militärischen Anordnungen zu treffen, die der sogenannte „Kriegsgefahrzustand“ mit sich bringt.

Im vierten Absatz fehlten die Worte: „Ich habe ihm nicht geantwortet...“ Im Schlußabsatz fehlte im Gelbbuch 1914 hinter den Worten „Herrn Sasonow zur Kenntnis zu bringen...“ die Worte: „... und mir schleunigst über die Tatsache einer vorgeblichen allgemeinen Mobilisierung in Rußland Bericht zu erstatten.“

\*\*\* Das Aufgeben des Telegramms 117 zu zwei verschiedenen Zeiten wurde von Poincaré im „Temps“ vom 19. Januar 1923 bestätigt.

Chronologisch gehört demnach Dokument Nr. 117 nach Dokument Nr. 118.

heute mittag, alle militärischen Anordnungen zu treffen, die der sogenannte „Kriegsgefahrzustand“ mit sich bringt.

Indem mir Freiherr von Schoen heute abend um 7 Uhr diesen Entschluß mitteilte, fügte er hinzu, die Regierung verlange gleichzeitig, daß Rußland demobilisiere. Wenn die russische Regierung nicht binnen 12 Stunden eine befriedigende Antwort gebe, werde Deutschland gleichfalls mobilisieren.

Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, ich hätte keinerlei Kenntnis von der vorgeblichen vollständigen Mobilisierung von Rußlands Heer und Flotte, auf die sich Deutschland zur Begründung seiner von heute an getroffenen neuen militärischen Vorkehrungen berufe.

Freiherr von Schoen hat mich zum Schlusse im Namen seiner Regierung gefragt, welches im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland die Haltung Frankreichs sein würde, ich habe ihm nicht geantwortet. Er hat mir gesagt, er werde meine Antwort morgen, Sonnabend, um 1 Uhr holen.

Ich habe nicht die Absicht, ihm eine Erklärung darüber abzugeben, und ich werde mich darauf beschränken, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schuldet in der Tat niemandem als ihren Verbündeten Rechenschaft über ihre Absichten.

Ich bitte Sie, das Vorstehende unverzüglich Herrn Sasonow zur Kenntnis zu bringen, und mir schleunigst über die Tatsache einer vorgeblichen allgemeinen Mobilisierung in Rußland Bericht zu erstatten. Wie ich mich Ihnen gegenüber geäußert habe, zweifle ich nicht, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits im höheren Interesse des Friedens alles vermeiden werde, was die Krise heraufbeschwören könnte.

René Viviani

Nr. 118

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Außern\**

Nr. 318.

Petersburg, den 31. Juli 1914

Aufgegeben 10 Uhr 45 a. m.

Angekommen in Paris 8 Uhr 30 p. m.

Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet.

Paléologue

\* Wortlaut und Zeitangaben nach Pierre Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre“, S. 146.

Im französischen Gelbbuch von 1914 steht dafür folgender Text:

Nr. 119

*Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Brüssel, den 31. Juli 1914

Nachdem die Havasagentur gemeldet hat, daß in Deutschland der „Kriegsgefahrzustand“ erklärt sei, habe ich Herrn Davignon gesagt, ich könne ihm die Versicherung geben, daß die Regierung der Republik die Neutralität Belgiens achten werde.

Der Minister des Äußern hat mir geantwortet, die königliche Regierung habe immer gedacht, daß dem so sein werde, und hat mir gedankt. Der russische und der englische Gesandte, die ich nachher gesehen habe, haben ihre große Befriedigung darüber ausgedrückt, daß ich unter den gegebenen Verhältnissen diese Zusicherung abgegeben habe, die übrigens, wie der englische Gesandte mir gesagt hat, mit der Erklärung Sir Ed. Greys übereinstimme.

Klobukowski

Nr. 119a

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn Viviani, französischen Ministerpräsidenten und Minister  
des Auswärtigen\*)*

Nr. 231. Sehr dringend.

Berlin, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 1 Uhr 30 a. m.  
angekommen 3 Uhr a. m.

Die zaudernde Haltung der englischen Regierung ist derart, daß sie die schrecklichsten Folgen nach sich ziehen kann, denn hier betrachtet man den Kampf gegen Frankreich und Rußland, wenn sie allein stehen, mit Hoffnung auf Erfolg. Nur die Möglichkeit der Intervention Englands macht auf den Kaiser, seine Regierung und alle dabei in Betracht kommenden, Eindruck. Die Frage der Verproviantierung drängt sich auf, und die Bürger schaffen sich Vorräte an. Die Ankündigung dieser Intervention ist also geeignet, eine vorbeugende Wirkung zu haben. Jules Cambon

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben.

Paléologue

\* Veröffentlicht durch Poincaré: „Les Origines de la Guerre“, a. a. O. S. 262.

Nr. 119b

*Brief des Präsidenten der französischen Republik,  
Raymond Poincaré,  
an den König von England\**

Paris, den 31. Juli 1914

„Werter und großer Freund!

Unter den ernstesten Umständen, die Europa durchlebt, glaube ich Eurer Majestät die Nachrichten mitteilen zu sollen, welche die Regierung der Republik aus Deutschland empfangen hat.

Die militärischen Vorbereitungen, denen sich die kaiserliche Regierung ganz besonders in der nächsten Nachbarschaft der französischen Grenze hingibt, nehmen jeden Tag an Intensität und Beschleunigung zu.

Entschlossen, bis zum Ende alles zu tun, was von ihm abhängt, den Frieden zu erhalten, hat Frankreich bis jetzt sich auf die unentbehrlichsten Vorsichtsmaßregeln beschränkt. Aber es scheint nicht, daß seine kluge Vorsicht und seine Mäßigung die Maßnahmen Deutschlands verlangsamen; weit entfernt davon. Trotz der Weisheit der Regierung der Republik und der Zurückhaltung des großen Publikums sind wir daher vielleicht am Vorabend der furchtbarsten Ereignisse.

Aus allen Mitteilungen, die uns zugehen, erhellt, daß, wenn Deutschland die Gewißheit hat, daß die englische Regierung bei einem Konflikt, bei dem Frankreich engagiert wäre, nicht intervenieren würde, der Krieg unvermeidlich sein würde, und daß dagegen, wenn Deutschland dessen gewiß wäre, daß gegebenenfalls die Entente cordiale sich bis auf die Schlachtfelder bewähren würde, die größten Aussichten für die ungestörte Fortdauer des Friedens gegeben wären.

Ohne Zweifel lassen unsere militärischen und Marineabkommen der Regierung Eurer Majestät volle Freiheit und in den im Jahre 1912 zwischen Sir Edward Grey und Mr. Paul Cambon ausgetauschten Briefen haben sich England und Frankreich einander nur verpflichtet, im Fall einer europäischen Spannung sich zu unterhalten und zusammen zu prüfen, ob zu einer gemeinsamen Aktion Anlaß vorliegt.

Aber der Charakter der Intimität, den in beiden Ländern das allgemeine Gefühl der Entente zwischen England und Frankreich gegeben hat, das Vertrauen, mit dem unsere beiden Regierungen nicht aufgehört haben, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten, und die Sympathien, die Eure Majestät zu jeder Zeit Frankreich bewiesen haben, ermutigen mich, Ihnen in aller Offenheit meine Eindrücke zur Kenntnis zu bringen, welche diejenigen der Regierung der Republik und ganz Frankreichs sind.

Von der Sprache und dem Verhalten der englischen Regierung hängen, glaube ich, die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ab.

\* Veröffentlicht durch Poincaré: „Les Origines de la Guerre“ a. a. O. S. 263 f.

Wir haben von Anfang der Krise an unseren Verbündeten eine Mäßigung anempfohlen, von der sie nicht abgewichen sind. In Übereinstimmung mit der königlichen Regierung und gemäß den letzten Vorschlägen Sir Edward Greys werden wir fortfahren, im gleichen Sinne zu handeln.

Aber wenn alle auf Schlichtung gerichteten Bemühungen von derselben Seite ausgehen und wenn Deutschland und Österreich auf die Enthaltung Englands rechnen können, werden die Ansprüche Österreichs unbeugsam bleiben und ein Einvernehmen zwischen Rußland und ihm wird unmöglich werden.

Ich hege die tiefe Überzeugung, daß, je mehr in dieser Stunde England, Frankreich und Rußland in ihrer diplomatischen Aktion einen starken Eindruck der Einheit machen, es um so mehr erlaubt sein wird, auf die Erhaltung des Friedens zu rechnen.

Wollen Eure Majestät einen Schritt entschuldigen, der nur von dem Wunsch diktiert ist, das europäische Gleichgewicht endgültig befestigt zu sehen.

Ich bitte Eure Majestät an meine herzlichsten Empfindungen zu glauben.“

Raymond Poincaré

Nr. 119c

*Herr Blondel, französischer Gesandter in Bukarest,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern\**

Bukarest, den 31. Juli 1914

Rumänien wird neutral bleiben, so lange sich die gegenwärtige Situation nicht ändert. Ich habe mehreren rumänischen Ministern gegenüber bemerkt, wie sehr mich dieses Communiqué in Erstaunen setze. Denn es ließe vermuten, daß Rumänien im Falle eines russisch-österreichischen Krieges aus seiner Neutralität heraustreten könnte, sich nicht auf den Boden des Vertrages von Bukarest zu stellen und sich von der einen zur anderen Seite hinüberziehen zu lassen, entgegen seinen wahren Interessen. Nachrichten aus geheimer und sicherer Quelle lassen vermuten, daß Rumänien, bearbeitet durch Österreich und vielleicht gebunden durch einen Bündnisvertrag, gegenwärtig zum Dreibund hinneige.

Blondel

\* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten, es ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 54. Viviani hat das vorstehende Telegramm am 31. Juli 11 Uhr 55 p. m. den französischen Botschaftern in London, Berlin und St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 119d

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern\**

(Telegrammauszug)

London, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 9 Uhr 44 p. m.

Sir Edward Grey ist Anhänger einer sofortigen Intervention; er hat dem Fürsten Lichnowsky damit gedroht. Aber der Ministerrat glaubte, daß die Regierung die Genehmigung des Parlamentes nicht würde erlangen können.

Paul Cambon

Nr. 119e

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Paul Cambon, französischer Botschafter in London\*\**

(Telegrammauszug)

Paris, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 12 Uhr 30 p. m.

Unsere Vorposten sind im Rückzug auf 10 km von der Grenze. Die dortige Bevölkerung erhebt Einspruch dagegen, so dem Angriff der feindlichen Armee ausgesetzt zu sein, aber die Regierung wünscht der öffentlichen Meinung und der Regierung in England zu zeigen, daß der Angreifer in keinem Fall Frankreich sein wird.

René Viviani

Nr. 119f

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern\*\*\**

(Telegrammauszug)

Petersburg, den 31. Juli 1914  
Aufgegeben 6 Uhr 30 p. m.

Der Kaiser hat heute morgen an den Zaren telegraphiert†, daß er für die entgegenkommenden Anordnungen Österreichs garantiere. Wenn

\* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 58.

\*\* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 14.

\*\*\* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 33f.

† Ein Telegramm des deutschen Kaisers dieses Inhalts liegt nicht vor.

Rußland seine militärischen Vorbereitungen einstelle, würde er seine Zustimmung dazu geben, den Konflikt den Mächten zu unterbreiten. Der deutsche Botschafter hat bei dem Zaren um eine Audienz gebeten, um das Telegramm zu bekräftigen. Der Zar hat den Grafen Pourtalès sofort zu sich gebeten und nach seinem Weggang an den Kaiser telegraphiert.

Paléologue

Nr. 119g

*Herr Bompard, französischer Botschafter in Konstantinopel,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern\**

Therapia, den 31. Juli 1914

Die der Pforte durch die bei den Großmächten beglaubigten türkischen Botschafter telegraphisch zugekommenen Nachrichten lassen den Frieden Europas als sehr bedroht erscheinen. Die Ottomanische Regierung wird für den Fall, daß sich der Konflikt auf den Balkan ausdehnen und eine Revision des Friedens von Bukarest hervorrufen würde, gewisse militärische Maßnahmen ins Auge fassen. Sie hat die Reservisten der beiden in Thrazien stationierten Armeekorps einberufen und sie bereitet die Einberufung bei den asiatischen Korps sowie ihren Transport nach Europa vor.

Bompard

---

\* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Documents Diplomatiques. Les Affaires Balkaniques 1912—1914.“ Tome III, Imprimerie Nationale, Paris 1922, Nr. 253.